Abend-Ausgabe.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ausschl. Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 6638 des amtl. Zeit.-Verz.

Chefredacteur:
Carl Oehlmann in Halle S.
Sprechstunde auf der Redaktion 11—1 Uhr.
[Fernsprecher: Redaktion Nr. 1344. — Expedition Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Vierunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Hallemit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen.
Reklamen die Zeile 60 Pf.
Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 31. Halle a. d. Saale, **Freitag, den 19. Januar** **1900.**

Bestellungen für die Monate Februar und März

bei allen Reichspostanstalten 2 M.

Für **Halle** und **Giebichenstein** nehmen unsere Expeditionen und Austräger Bestellungen an, zu 1,70 M. bei einmaliger, zu 1,90 M. bei zweimaliger Zustellung.

Die Expedition.

Beamtenfragen im neuen Etat.

Aus Beamtenkreisen wird uns geschrieben:

Der Etat für 1900 ist nun dem Abgeordnetenhause zugegangen und man kann sehen, daß den Wünschen der Eisenbahnbeamten, deren Petitionen in den Vorjahren wiederholt der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen sind, auch jetzt nicht im entferntesten Rechnung getragen ist. Man wird stutzig, wenn man sich der Worte des Finanzministers in der Rede, mit der er den Etat für 1891/92 am 18. Januar 1892 einbrachte, wobei er auf die Ungleichheiten in den Beamtenbesoldungen zu sprechen kam, erinnert. Er meinte damals: „Nun lehrt die Erfahrung, daß die ungleiche Behandlung gleicher Dinge am allermeisten Unzufriedenheit und Mißstimmung erregt, und daß fast noch mehr Mißstimmung durch Ungleichheit entsteht als durch absolute Erhöhung der Gehaltsbezüge." Darin hatte der Minister recht, und man nahm damals an, daß bald die Ungleichheiten schwinden und in den Kreisen der Beamten Zufriedenheit Platz greifen würde. Beides blieb bis jetzt aus. Die Vorbedingung wurde nicht erfüllt, die Schlußfolge war demnach nicht zu erwarten. Heute noch bestehen bei den Eisenbahnverwaltungen zwei Kategorien von Sekretären, die nachgewiesenermaßen die gleichen Verrichtungen erfüllen, deren Gehaltsverhältnisse aber einen Unterschied von 1200 M. aufweisen. Heute noch stehen die Telegraphisten bei der Eisenbahnverwaltung im Unterbeamtenverhältniß, während die Post diese Beamtenkategorie als Subalternbeamte behandelt usw.

Die vorauf angeführten Beamten haben zu wiederholten malen ihre berechtigten Wünsche dem Abgeordnetenhause vorgetragen. Die Petitionen wurden auch der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. **Alles umsonst. Derselbe Minister**, der vor Jahren so schöne Worte gesprochen, soll — wie man hört — jetzt **der größte Gegner jeder Gehaltsaufbesserung der Eisenbahnbeamten sein.** Wenn die Eisenbahnbeamten um Gleichstellung mit Beamtenkategorien anderer Verwaltungen von gleichem Range baten, so pflegte man ihnen im vorigen Jahre vom Regierungstische entgegenzuhalten, daß die Gehaltsaufbesserungen abgeschlossen seien, und daß mit einer Verwaltung eine Ausnahme nicht gemacht werden könne. In dem vorliegenden Etat (1900) haben doch aber die **technischen Lehrer** an den höheren Anstalten eine Aufbesserung erfahren, weil dadurch eine anerkannte Ungleichheit gehoben werden sollte. Von einem Abschluß der Gehaltsaufbesserungen ist demnach zur Zeit noch nicht die Rede. **Nur die Unter- und Subalternbeamten der Eisenbahnverwaltung** sollen allem Anschein nach hiervon **ausgeschlossen** bleiben. Sogar die niedrigen Gehälter der Eisenbahnbeamten der Privatgesellschaften in England wurden im Vorjahre als Grund für die Nichtbewilligung angeführt, man vergaß nur mitzutheilen, daß es jenen Beamten gestattet ist, auch Nebengeschäfte zu betreiben. Die preußischen Eisenbahnbeamten würden recht zufrieden mit ihrer Stellung sein, wenn ihnen und ihren Angehörigen dieses Recht eingeräumt sein würde. Von der Minderwerthigkeit der Leistungen, die jahrelang ins Feld geführt wurde, hörte man in letzter Zeit wenig. Nur wurde angeführt, daß die Betriebssekretäre in Bureaus beschäftigt würden, wo es eine Reihe von Arbeiten minderwerthiger Natur gebe. Das war damals nicht recht zutreffend. Erst nachdem dieser Gedanke vor den Abgeordneten ausgesprochen wurde, sind entsprechende Verfügungen erlassen. So wurde bestimmt, daß ein Betriebssekretär im Revisionsbureau nicht mehr zu beschäftigen sei (ohne Rücksicht auf die Leistungen). So wurde weiter angeordnet, daß die Betriebssekretäre von den Eisenbahnsekretären zu trennen seien und in besonderen Bureaus zu arbeiten haben. Alle diese Maßnahmen, die erst in allerletzter Zeit getroffen sind, deuten darauf hin, daß man nicht beabsichtigt, Gehaltsaufbesserungen eintreten zu lassen, sondern daß die Verwaltung die neugeschaffene Lage der Betriebssekretäre noch mehr ausnützen und vor den Abgeordneten erklären werde, daß in den Bureaus, wo solche jetzt beschäftigt sind, nur Arbeiten minderwerthiger Art erledigt werden.

Jetzt ist wiederum eine **neue Prüfungsordnung** für die Subaltern- und Unterbeamten der Eisenbahnverwaltung in Kraft getreten. Welche Menge von Prüfungen! — Man weiß nicht, ob man diejenigen Beamten, welche alle die ihnen zustehenden Prüfungen bestehen sollen, bewundern oder bedauern soll. So viel steht jedenfalls fest, daß für Beamte, die im vorgerückten Lebensalter den Beruf ergreifen — wie die Militäranwärter — in der Vorbereitungszeit, d. h. jahrelang, von einem Familienleben nicht die Rede sein kann. Fürst Bismarck äußerte s. Z. mit Bezug auf dieses Thema: „Wir gehen an den Examina zu Grunde; die meisten, welche sie bestehen, sind dann so abgewirthschaftet, daß sie irgend einer Initiative unfähig sind, sich gegen alles, was an sie herankommt, möglichst ablehnend verhalten, und was **das schlimmste ist, eine Meinung von ihren Fähigkeiten haben,** weil sie siegreich aus allen Examina hervorgegangen sind."

Sicherem Vernehmen nach plant die preußische Staatseisenbahnverwaltung zum 1. April 1900 **bedeutende Vereinfachungen im Geschäftsgange** verschiedener Dienststellen. Hierdurch werden **gewaltige Ersparnisse** gemacht — man schätzt sie auf zwei Millionen Mark. Um so mehr sollte die Verwaltung die Hand bieten zur Beseitigung von Ungerechtigkeiten und Härten in der Besoldung ihrer Beamten, wenn anders ihr daran gelegen ist, ein zufriedenes und dienstwilliges Beamtenpersonal zu besitzen.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

* In Konsequenz der zwischen den Mächten des Dreibundes und Frankreich getroffenen Vereinbarungen ist jetzt der **französische Militärbevollmächtigte Graf Foucauld** von seinem Berliner Posten abberufen worden; er wurde am Mittwoch vom Kaiser in Abschiedsaudienz empfangen. Graf Foucauld bekleidete in der französischen Armee den Rang eines Oberstleutnants, und es war, wie man dem „Hann. Cour." mittheilt, gleichsam stillschweigend verabredet worden, daß die Abberufung von dem Berliner Posten in demselben Augenblicke erfolgen würde, in dem der Graf das Patent als Oberst erhalten würde. Das ist jetzt geschehen und somit waren die nothwendigen, oder vielmehr gewünschten Voraussetzungen für die Abberufung gegeben. Man wird sich erinnern, daß der deutsche Militärbevollmächtigte in Paris, **Frhr. v. Süßkind**, in dem Moment seiner Abberufung vom Major zum Oberstleutnant avancirte resp. den Charakter als solcher erhielt. „Es kann unbedingt daran festgehalten werden, daß die guten Beziehungen Deutschlands zu Frankreich in keiner Weise durch diese Abberufungen tangirt werden; im Gegentheil, sie sind angesichts der gegebenen Verhältnisse in Frankreich als ein neues Zeichen der bestehenden Intimität aufzufassen. Im übrigen mag daran erinnert werden, daß Deutschland ja noch in **Paris** den Marinebevollmächtigten Kapitän zur See **Siegel** hat, während französischerseits in Berlin Kapitän **Buchard** dieselben Funktionen erfüllt. Die Abberufung der Militärbevollmächtigten ist, so wird in maßgebenden Kreisen angenommen, nur eine **vorübergehende**."

Das neue Zolltarifschema,

wie es gegenwärtig dem Wirthschaftlichen Ausschuß zur Begutachtung und Vorbereitung handelspolitischer Maßnahmen vorliegt, unterscheidet sich in seiner Anordnung ganz wesentlich von dem bisherigen Schema. Der jetzige autonome Zolltarif zerfällt in 43 Nummern für bestimmte Waaren, die alphabetisch aneinander gereiht sind. Dem neuen Zolltarifschema ist zunächst eine **Systematik** eigen, die auf den einzelnen Erwerbsgruppen bezw. Zweigen aufgebaut ist. Es zerfällt in 17 Abschnitte und zwar: 1. Erzeugnisse der Land- und Forstwirthschaft einschließlich der entsprechenden Erzeugnisse fremder Klimate; Nahrungs- und Genußmittel; 2. Mineralische und fossile Rohstoffe; Mineralöle; 3. Zubereitetes Wachs, feste Fettsäuren, Paraffin, Walrat und ähnliche Kerzenstoffe, Wachswaaren, Lichte, Seifen und andere unter Verwendung von Wachs, Fetten oder Oelen hergestellte Waaren; 4. Chemische und pharmazeutische Erzeugnisse, Farben und Farbwaaren; 5. Thierische und pflanzliche Spinnstoffe und Waaren daraus; 6. Leder und Lederwaaren, Kürschnerwaaren, Waaren aus Därmen; 7. Kautschuk- und Guttapercha-Waaren, Linoleum; 8. Geflechte und Flechtwaaren aus pflanzlichen Stoffen mit Ausnahme der Gespinnstfasern; 9. Besen, Bürsten, Pinsel und Siebwaaren; 10. Waaren aus thierischen und pflanzlichen Schnitz- und Formerstoffen; 11. Papier, Pappe und Waaren daraus; 12. Bücher, Bilder, Gemälde; 13. Waaren aus Steinen oder anderen mineralischen Stoffen (mit Ausnahme der Thonwaaren), sowie aus fossilen Stoffen; 14. Thonwaaren; 15. Glas und Glaswaaren; 16. Metalle und Metallwaaren; 17. Verschiedene Waaren, darunter Feuerwaffen, Maschinen, Uhren, Fahrzeuge, Polstermöbel, Menschenhaare und Waaren daraus, zugerichtete Schmuckfedern, Fächer und Hüte aller Art, Tonwerkzeuge und Kinderspielzeug. In den letzten Abschnitt sind alle die Waaren hineingebracht, die in dem gewählten System nicht unterzubringen waren.

Ein weiterer Unterschied macht sich insofern sofort bemerkbar, als das neue Zolltarifschema bedeutend **spezialisirter** als das alte ist. Es umfaßt nicht weniger als 1365 Nummern, wovon auf die Land- und Forstwirthschaft 317 entfallen. Es ist dabei der Grundsatz beobachtet worden, daß man den auf Theilung der einzelnen Rubriken ausgesprochenen Wünschen möglichst allgemein entgegenkam. Durch die möglichste Sepzialisirung der Rubriken soll jedoch keineswegs eine ebensolche Verschiedenheit der Zollsätze bedingt sein, es ist vielmehr durchaus möglich, daß die verschiedensten Nummern dieselben Zollsätze erhalten.

Außerdem springt sofort in die Augen, daß, während das alte Schema eine besondere Gruppe für Abfälle enthielt, im neuen bei jeder einzelnen Gewerbegruppe neben den fertigen Waaren auch die Abfälle aufgeführt sind.

Weiter ist zu erwähnen, daß in das neue Zolltarifschema verschiedene Erklärungen zu einzelnen Waaren, die sich bisher nicht im Zolltarif selbst, wohl aber im Amtlichen Waarenverzeichniß dazu befanden, als Anmerkungen aufgenommen sind.

Ein merkwürdiges „Mißverständniß"

scheint zu der „Enttäuschung," welche die Politik der Staats- und Reichsregierung den Konservativen bereitet, nicht wenig beigetragen zu haben. Als Herr **von Koeller** bei Berathung der Interpellation wegen der Beamtenmaßregelungen in der Pose eines „bis auf die Knochen konstitutionellen" konservativen Mannes mit berechtigter Schärfe die verfehlten und verfassungswidrigen Maßnahmen der Regierung kritisirte, wies er u. a. darauf hin, daß schon die kurze Bemerkung des Fürsten Hohenlohe unmittelbar vor der Abstimmung der Kanalvorlage in der dritten Lesung bei den Konservativen ernsteste Bedenken hervorgerufen habe.

„Der Herr Reichskanzler," so führte Herr v. Koeller näher aus, „las uns hier eine Erklärung vor, in welcher angedeutet wurde, daß, wenn das Haus die Kanalvorlage nicht annehmen sollte, daß in Bezug auf das **Zustandekommen der Handelsverträge im Reichstage** bedenkliche Folgen haben würde. Das ist von manchen so aufgefaßt worden, als solle damit gedroht werden, daß Bestimmungen in die Handelsverträge hineinkommen könnten, die gewissen Klassen wenig günstig sind. Ich habe das nicht so aufgefaßt; denn ich folge, soweit das möglich ist, dem Grundsatze, daß man von seinem Nächsten alles ins Beste kehren soll. Ich habe deshalb gemeint, annehmen zu müssen, der Herr Reichskanzler habe sagen wollen, es würden sich dann im Reichstage in Bezug auf die Abstimmung Schwierigkeiten ergeben. Indessen ich muß hinzusetzen, recht einsehen kann ich nicht, wie das kommen soll. Die Handelsverträge werden ja nicht im Reichstage gemacht — dort werden sie entweder angenommen oder abgelehnt —, sondern sie werden vom Auswärtigen Amt in Verhandlungen mit den auswärtigen Regierungen gemacht. Allein wir wollen bestmöglichst interpretiren."

Also die Besorgniß, daß die Regierung bei Abschluß der neuen Handelsverträge den agrarischen Wünschen Widerstand entgegensetzen könnte, ist seit der Ablehnung der Kanalvorlage das Leitmotiv für die konservativ-agrarische Preßfehde speziell gegen den Reichskanzler gewesen. Nun giebt aber die damalige Erklärung des Fürsten Hohenlohe zu einer derartigen Interpretation keinerlei Berechtigung. Nach dem stenographischen Bericht lautete der Schlußsatz der Erklärung des preußischen Ministerpräsidenten folgendermaßen:

„Diese Frage kann übrigens nicht allein und an und für sich betrachtet werden; denn sie wird weittragende Folgen haben in Beziehung auf das bisherige Verhältniß der Konservativen zur Regierung und kann nur unheilvoll auf das Zusammengehen der staatserhaltenden Elemente **des Landes** wirken, namentlich auf das Zusammengehen auf dem Gebiete der **Handelspolitik**."

Fürst Hohenlohe hat mit keiner Silbe von der Handelsvertragspolitik im Reiche gesprochen, sondern von Maßnahmen auf dem Gebiete der **preußischen Handelspolitik**. Daß in dieser Hinsicht das Verhalten des preußischen Handelsministers in dem Kampf der Agrarier gegen die Berliner Getreidebörse den ersteren keineswegs einen Anlaß zur Mißstimmung geben kann, beweist die Befriedigung auch der agrarischen Presse über die demnächst zu erwartende Reorganisation der Berliner Getreidebörse. Daß im übrigen die agrarischen Forderungen für die neuen Handelsverträge bei der Regierung keineswegs eine Abweisung erfahren haben, geht zur Genüge aus den mehrfachen Darlegungen des Grafen Posadowsky im Reichstage und besonders aus der vorgestrigen Erklärung des Finanzministers v. Miquel im Abgeordnetenhause hervor.

Politisches.

* Es wird darauf hingewiesen, daß die **preußische Verfassung am 31. Januar fünfzig Jahre lang in Kraft** gewesen sein wird. Da und dort fragt man bereits, welche **besondere Veranstaltung** zur festlichen Begehung dieses Erinnerungstages getroffen wird. Die Antwort darauf kann noch nicht gegeben werden. Es ist Sache der preußischen Staatsregierung, darüber ein Einvernehmen mit der Volksvertretung herbeizuführen. Eine Anregung dieser Art wird zwar erwartet, ist aber bisher noch nicht an das Präsidium des Abgeordnetenhauses herangetreten.

Volkswirthschaftliches.

* Der „**Wirthschaftliche Ausschuß zur Vorbereitung handelspolitischer Maßnahmen**" hat am Mittwoch abend seine Plenarberathungen im Reichsamt des Innern geschlossen. Im Laufe der Sitzung sind dem Ausschusse seitens der verbündeten Regierungen verschiedene Eröffnungen handelspolitischer Natur gemacht, dagegen als streng vertraulich bezeichnet worden. Es ist überhaupt den Mitgliedern strengste Diskretion auferlegt worden. Aus den Verhandlungen will man den Eindruck gewonnen haben, daß eine ruhige, stetige Mitwirkung an dem großen Werke gewährleistet ist. Die Kommissionen, an welche das neue Zolltarifschema (s. o.) verwiesen worden ist, setzen ihre Thätigkeit fort.

* Der Vorstand des **Vereins Berliner Getreide- und Produkten-Händler** versendet folgenden Nachtrag zur Tages-Ordnung der am 25. d. tagenden Generalversammlung: „Berathung und Beschlußfassung über **Wiederherstellung der Produktenbörse**."

Verwaltung und Rechtspflege.

* Die **Landrathsämter für drei gemaßregelte Landräthe** unserer Provinz **Sachsen** sind, wie wir gestern erwähnten, neu besetzt worden. Die Neuwahl der Nachfolger für die Gemaßregelten zeugt von der zarten Rücksichtnahme der Regierung auf die Gefühle der Agrarier. Zum Landrath in **Zeitz** an Stelle des Abg. Winckler wurde dessen **Bruder**, Regierungsassessor **Winckler**, ernannt, zum Landrath in **Schweinitz** an Stelle des Abg. Frhrn. von Bodenhausen-Lebusa der Führer der dortigen **Agrarier**, ein früheres Vorstandsmitglied des Bundes der Landwirthe, Rittergutsbesitzer Frhr. v. **Palombini**, dessen Präsentation, wie vor einigen Monaten verlautete, die Regierung anfangs beanstandete. Zum Landrath in **Bitterfeld** an Stelle des Abg. v. Bodenhausen-Burgkemnitz wurde der Rittergutsbesitzer **Graf zu Solms**-Tecklenburg-Sonnewalde ernannt.

* Die **Eisenbahn-Direktionen** sind vom Minister der öffentlichen Arbeiten veranlaßt worden, eine Nachweisung über die zu Anfang des laufenden Jahres vorhandenen **Anwärter für Unterbeamtenstellen** einzureichen und sich gleichzeitig darüber zu äußern, ob es angängig ist, die Höchstzahl der Anwärter für jede Beamtenklasse durch Feststellung eines ziffernmäßigen Verhältnisses zu der Kopfzahl der etatsmäßigen Stellen zu begrenzen.

* Mit Rücksicht darauf, daß bei der überwiegenden Mehrheit des Publikums die **Bestellung während der Nacht** durch die Postboten ist, diese Art der Bestellung an sich überhaupt auch vielfach unausführbar ist, hat die Reichs-Postbehörde angeordnet, daß **Eilbriefsendungen** von 11 Uhr abends bis 5 Uhr morgens im allgemeinen nicht mehr ausgetragen werden sollen. Nur bei Sendungen an Reisende in Gasthöfen sollen die Postboten auch in der Nacht versuchen, die Eilbriefe den Adressaten zuzustellen.

* In den neuen Etat des Kultusministeriums sind die Mittel für die Durchführung des **neuen Kreisarztgesetzes** noch nicht eingestellt worden. Die „Deutsche med. Wochenschr."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000119033/fragment/page=0001

bemerkt dazu: Man kann kaum annehmen, daß die Vorbereitungen im Kultusministerium noch nicht so weit gediehen sind, um eine Inangriffnahme der Reorganisation der Kreismedizinalbehörden zu ermöglichen: viel näher liegt die Vermuthung, daß die Passivität der Regierung auf eine Fortsetzung des Widerstandes, den der Finanzminister ursprünglich gegen das Gesetz geübt hat, zurückzuführen ist. Es ist klar, daß ohne ausreichende Dotirung der vollbesoldeten Kreisärzte und ohne Bewilligung von genügenden Pensionsgeldern für die Ausscheidung von Kreisphysikern, die infolge ihres hohen Alters nicht mehr leistungsfähig sind, die ganze Reorganisation für lange Zeit einen recht fraglichen Charakter besitzen würde. Die rechtliche Handhabe für einen Aufschub ist leider gegeben. Denn bedauerlicherweise hat man es seiner Zeit verabsäumt, einen bestimmten Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes festzulegen, vielmehr letzteren einer besonderen königlichen Verordnung überlassen. — Bei der Berathung des Etats des Medizinalwesens wird sich wohl Gelegenheit finden, die Regierung über diese Angelegenheit zu interpelliren.

* Gegen die Polengefahr hat der Hauptvorstand des Ostmarkenvereins dieser Tage beschlossen, „eine Eingabe an das Staatsministerium zu machen, in der Stellung genommen werden soll gegen eine etwaige Seßhaftmachung russisch-polnischer Arbeiter“. Ferner wurde einstimmig Beschluß gefaßt, durch Eingaben an die Staatsregierung und Kundgebungen in der Presse darauf hinzuwirken, daß gegen die zunehmende Polengefahr besondere Maßregeln auf gesetzgeberischem und dem Verwaltungswege ergriffen werden. Dahin würden gehören:

1. Erweiterung und Ausbau des Amtssprachen-Gesetzes vom 28. August 1876 durch ein Gesetz, in dem u. a. zu bestimmen wäre, daß in allen öffentlichen Versammlungen, in Vereinen, im öffentlichen Verkehrsleben (Laden- und Firmenschilder, Aufschriften auf Straßenbahnwagen usw.), in den Satzungen und Protokollen aller Banken, Genossenschaften und ähnlicher Institute nur die deutsche Sprache gebraucht werden darf.
2. Schaffung eines besonderen polnischen Vereinsgesetzes.
3. Aufhebung des polnischen Sprachunterrichts an höheren Schulen.
4. Aufhebung des fakultativen polnischen Schreib- und Leseunterrichts an den Volksschulen.
5. Ertheilung des Religionsunterrichts in deutscher Sprache auch auf der Unterstufe.
6. Grundsätzliche Ausschließung der Polen von der Anstellung als Beamte in den gemischtsprachigen Provinzen.
7. Abänderung des Preßgesetzes z. B. dahin, daß alle politischen Zeitungen und Zeitschriften, die in anderer als deutscher Sprache erscheinen, nebenher einen deutschen Text zu führen haben.

Derartige „Ausnahmegesetze“ schießen weit über das Ziel hinaus; damit wird nur den polnischen Agitation ein neuer wirksamer Stoff gegeben und eine ganz unnöthige Verschärfung der Situation geschaffen. So leicht läßt sich denn doch auf dem Verordnungswege die polnische Sprache nicht aus dem öffentlichen Leben beseitigen, wie man hiernach anzunehmen scheint.

* Die auch von uns erwähnten Mittheilungen der „Staatsbürgerztg.“ über die Erwerbung des Gestüts Georgenburg durch den Fiskus werden der „Freis. Ztg.“ als falsch und entstellt bezeichnet. Die Verhältnisse des verstorbenen Vorbesitzers v. Simpson waren durchaus geregelte. Auf dem Gute lasteten 800,000 M. hypothekarische Schulden und es waren weiter keine Schulden vorhanden. Der Ankauf ist seitens des Staates direkt erfolgt und wird im allgemeinen von der öffentlichen Meinung gebilligt. Der Preis scheint nicht übertrieben zu sein. — Der Schwager des verstorbenen v. Simpsom, Oberpräsident von Goßler, der die Verkaufs- und Uebergabe-Verhandlungen geführt hat, theilt ebenfalls mit, daß v. Simpson keine Privatschulden gehabt hat und die Verhältnisse durchaus geregelt waren. Zwei Sachverständige, die v. Goßler namhaft macht, haben den Werth der Güter auf 3 Millionen bezw. auf 3,500,000 M. angegeben. Auch haben weder ein Russe noch sonst irgend ein Ausländer wegen Ankauf des Gestüts unterhandelt.

Schule und Kirche.

* Die Nachricht, daß Pastor Weingart aus dem geistlichen Stande ausgetreten sei und auf alle Rechte, also auch auf die Wiederanstellung, freiwillig verzichtet habe, wird heute von der „Osnabr. Ztg.“ als von Anfang bis zu Ende erlogen und unwahr bezeichnet. Augenscheinlich hätten Gegner der Weingart'schen Bewegung diese Ente in die Zeitungen lancirt, um die Bewegung zu diskreditiren und zu hemmen.

* Der Lehrer in Ostpreußen ist das Mädchen für alles. Er hatte immer für konservative Wahlen zu agitiren, er hatte noch vor kurzem für das Abonnement auf konservative Zeitschriften zu sorgen, er hat sich jetzt für die Flotte zu begeistern und nun soll er auch noch der inneren Mission die Wege bereiten. So hat die Königsberger Regierung (Abtheilung für Kirchen- und Schulsachen) vor kurzem an sämmtliche Kreis- und Ortsschulinspektoren ihres Bezirks eine Verfügung erlassen, die auf verschiedene Schriften über innere Mission mit der Bemerkung hinweist, es sei „wünschenswerth, daß die Bestrebungen der inneren Mission unter den Lehrern und mit ihrer Hilfe auch in weiteren Kreisen bekannt würden.“ Wie der „Germania“ mitgetheilt wird, ist diese Verfügung auch den katholischen Schulinspektoren zugegangen, die nicht die geringste Veranlassung haben, für protestantische Werke Propaganda zu machen. Die Centrumsfraktion wird, wie das Blatt hinzufügt, den Vorgang im Abgeordnetenhause zur Sprache bringen.

Soziale Angelegenheiten.

* Für die diesjährige Volkszählung, die einen besonders großen Umfang annehmen und nach den verschiedensten Seiten einen Ueberblick über die Gliederung des deutschen Volkes an der Jahrhundertwende geben soll, wirft Professor Georg von Mayr in seinem „Allg. Statist. Archiv“ die Frage auf, ob es nicht möglich wäre, die Entwürfe der Erhebungen, die doch von weitesttragendem Interesse sind, vor ihrer endgiltigen Feststellung im Bundesrathe allgemein zugänglich zu machen. Hat der Bundesrath einmal Beschluß gefaßt, dann ist nichts mehr zu ändern. Schon vor geraumer Zeit wurde angeregt, bei der bevorstehenden Zählung u. a. auch die Binnenwanderung, sowie die Sprachen- und Nationalitätenverhältnisse — die 1895 bedauerlicherweise außer acht gelassen waren — eingehend zu berücksichtigen. Mit den Erhebungsplänen hat sich vor einigen Monaten eine Konferenz von Vertretern aller statistischen Aemter in Rostock beschäftigt; über die Ergebnisse ist aber wenig bekannt geworden. Nach Andeutungen des Grafen Posadowsky im Reichstage wäre zu erwarten, daß die erwähnten Wünsche Berücksichtigung finden. In Anbetracht der Bedeutung, die der Volkszählung von 1900 beizumessen ist, wäre es indessen dringend erwünscht, daß der Anregung v. Mayr's Folge gegeben und der Plan der Erhebung rechtzeitig veröffentlicht und vor der endgiltigen Feststellung zur Diskussion der wissenschaftlich und politisch interessirten Kreise gestellt würde.

* Es ist eine immer wiederkehrende Behauptung der Agrarier, daß in den letzten Jahren die Arbeitslöhne auch im Osten der Monarchie so in die Höhe gegangen sind, daß dadurch die ungünstige Lage der Landwirthschaft noch eine weitere Verschärfung erfahren mußte. Nach den Geschäfts- und Rechnungsergebnissen der Invaliden-Versicherungsanstalten kann aber eine Steigerung der Löhne im Osten nur in beschränktem Maße stattgefunden haben. Es entfielen z. B. in Ostpreußen von 16 Millionen im Jahre 1898 verwendeten Quittungsmarken 9 Millionen auf die niedrigste Beitragsklasse bis zu einem Einkommen von 350 M. und 5 Millionen auf die zweite Lohnklasse bis 550 M. Einkommen, so daß nur etwa der achte Theil aller Versicherungspflichtigen ein Einkommen von über 550 M. besaß. Es wird anzunehmen sein, daß dieser achte Theil in den Städten, Hafenplätzen, Werften usw. beschäftigt ist, so daß für die Landwirthschaft nur die sieben Achtel der Arbeitskräfte mit einem Einkommen von weniger als 550 M. in Betracht kommen. Auch in der Provinz Posen sind von 14 Millionen Beitragsmarken 13 Millionen der I. und II. Klasse, also hier eine noch geringere Anzahl höher gelohnter Arbeitskräfte. Daß früher die Löhne in diesen Provinzen noch geringer waren, mag ja zutreffen; aber die Ausführungen der Agrarier, daß im Osten die Verhältnisse der Landarbeiter gegenüber denen der seßhaften kleineren Landwirthe viel günstigere wären, findet in den obigen Zahlen keine Bestätigung.

Heer und Flotte.

* „Condor“ ist am 18. Januar von Lourenço Marquez nach Dar-es-Salaam in See gegangen. „Hansa“ ist am 18. Januar in Batavia, „Möwe“ am 20. Dezember v. J. in Herbertshöhe eingetroffen.

Ausland.

Der südafrikanische Krieg.

Durch die Ueberschreitung des Tugelaflusses durch das Gros der Buller'schen Armee hat die Situation in Natal eine hochwichtige Veränderung erfahren, aber man darf ernsthaft bezweifeln, daß diese Veränderung für die Engländer günstig ist. Schon der Umstand, daß die Buren dem Vormarsch der Briten über den Tugelafluß keinen ernsthaften Widerstand entgegensetzten, mußte Verdacht erregen. Die Erklärungen englischer Berichte, daß die Buren überrascht worden seien, kann man natürlich nicht ernst nehmen, denn wenn es auch möglich ist, daß die britischen Heerführer leichtgläubig genug sind, an eine Ueberrumpelung der Buren zu glauben, so hat doch der ganze Verlauf des Krieges bewiesen, daß die Transvaaler eine ganz außerordentliche Wachsamkeit entfalten, die sie selbstredend in einer der wichtigsten Phasen des Krieges am allerwenigsten außer acht lassen werden. Wenn die Engländer mit einem großen Theile ihres Heeres ohne Kampf über den Tugelafluß gelangten, so muß man überzeugt sein, daß hierbei nicht Unachtsamkeit der Buren, sondern gerade eine bestimmte Absicht gewaltet hat. Die Buren wollten einen großen Theil davon über den Fluß lassen, um ihn drüben zu vernichten. Die Richtigkeit dieses Satzes darf bereits heute als ziemlich sicher angesehen werden.

Aber untersuchen wir jetzt, welche Aussichten die Buren auf Verwirklichung ihres Planes haben. Wir müssen uns dabei, soweit es möglich ist, ein Bild von der gegenwärtigen Situation zu entwerfen suchen. Zwei Divisionen befinden sich am Nordufer des Tugela, nämlich die Division Warren und die beiden Brigaden der Generale Dundonald und Littleton. Die dritte Division, die unter dem Befehle des Generals Clery steht, ist am Südufer des Flusses und zwar bei Frere und Chieveley, dem alten Lager, zurückgeblieben. General Buller selbst befand sich bei Aufgabe der letzten Depeschen noch in Springfield. Der Uebergang der beiden britischen Divisionen über den Tugela vollzog sich an zwei verschiedenen Stellen; die Brigaden Littleton und Dundonald setzten bei Potgietersdrift über den Fluß, die Division Warren dagegen vollzog den Uebergang fünf Meilen weiter westlich, bei der Trichardsdrift. Von dort aus mußte die Division Warren flußabwärts marschiren, um sich mit den beiden Brigaden zu vereinigen, was inzwischen bereits geschehen ist. Die britischen Truppenkörper haben jetzt zum Weitermarsch auf Ladysmith nur eine passirbare Straße vor sich, die große Heerstraße von Dewdrop, eine Straße, die zwischen hohen und steilen Hügeln, den Onderbroek-Höhen, hinführt, auf denen die Buren sich festgesetzt haben. Das weitere läßt sich leicht übersehen: hier werden die Buren über die britischen Truppen herfallen, oder richtiger, sie haben es bereits gethan, wie folgende Privatdepesche zeigt:

Durban, 18. Jan. Die Stellungen General Joubert's erscheinen uneinnehmbar, die englischen Truppen am Nordufer des Tugela sitzen in einer Falle. Die Onderbroek-Höhen hält der Burengeneral Schalk Burger besetzt, der die beiden englischen Divisionen mit vernichtendem Artilleriefeuer angriff. Die Engländer können weder vorwärts noch rückwärts, die Buren haben sie von beherrschenden Positionen unter Kreuzfeuer genommen. Es droht eine furchtbare Katastrophe.

Wir geben diese Meldung einstweilen noch mit Reserve wieder, denn sie trägt einen privaten Charakter und ist von amtlicher Seite bisher nicht bestätigt.

*

Die Hamburger Packetfahrt-Gesellschaft hat ihre Agenturen angewiesen, Fahrkarten nach Johannesburg und Prätoria nicht mehr zu verkaufen. Diese Billets wurden bisher im Anschluß an die für Delagoa-Bai gelösten Schiffskarten ausgegeben. In dem gleichen, den Agenturen zugegangenen Rundschreiben macht die Direktion bekannt, daß Auswanderer (darunter werden die Passagire dritter Klasse verstanden) bis auf weiteres überhaupt nicht nach Delagoa-Bai befördert werden dürfen. Zweifellos hat die Besorgniß, die „Auswanderer“ könnten Mannschaften für die Buren-Armee darstellen, diese Verfügung veranlaßt. Ob die Gesellschaft aus freiem Antriebe sich zu diesen Maßnahmen entschlossen hat, die in dem regelmäßigen Verkehr mit Südafrika eine theilweise Unterbrechung zur Folge haben oder ob sie hierbei Vorstellungen von außen her nachgegeben hat, ist einstweilen noch nicht bekannt.

Ueber das Kapitel: „Beschlagnahme deutscher Schiffe“ wissen die „Leipz. Neuesten Nachr.“ eine interessante Geschichte mitzutheilen. Nach einer Meldung aus London soll Chamberlain sich auf einem parlamentarischen Diner am 12. d. M. gerühmt haben,

er habe es durchgesetzt, daß Deutschland für seine Beschimpfungen Englands einen Denkzettel erhalte. Dem Kontinent, der fast ausnahmslos in Schmähungen gegen England schwelge, hätte beigebracht werden müssen, daß England noch eine Großmacht sei. Deutschland sei hauptsächlich zuerst an die Reihe gekommen darum, weil dieser für England nicht unwichtigen Nation, die leider zum großen Theile sich gegen den eigenen Vortheil sträube, der nur in einem Zusammengehen mit England liege, erst das rechte Verständniß für den Werth eines solchen Zusammengehens beigebracht werden müßte! Die deutsche öffentliche Meinung möge sich aufregen; aber es habe nicht viel auf sich, bei der Friedfertigkeit der deutschen Regierung könne es in Bezug auf die Beziehungen zwischen England und Deutschland nur heißen: „all right.“

Zunächst ist es mehr als zweifelhaft, ob Ehren-Josef wirklich das gesagt hat. Ist es der Fall, so halten wir es für die höchste Zeit, daß das englische Volk den Mann schleunigst von seinem hohen Posten entfernt, ehe er noch mehr Unheil anrichtet.

Zu der Krupp'schen Lieferungsgeschichte wird jetzt gemeldet, Italien habe bei Krupp Bestellungen im Werthe von 50 Millionen Mark gemacht. Die Bestellung errege in unterrichteten Kreisen Verwunderung. Man traue Italien unter den jetzigen Umständen eine solche Bestellung nicht zu. In der That liegt der Gedanke nahe, Italien geographisch und völkerrechtlich als Brücke für Geschützlieferungen nach Südafrika zu benutzen. — Sollte sich diese Meldung bewahrheiten, so würde Italien eine Rolle als Schleppträger Englands einnehmen, die sich mit seiner Stellung als europäische Großmacht nicht vereinigen ließe.

Soldaten oder Mörder?

Im „Wiesbad. Tagebl.“ veröffentlicht unter diesem Titel ein durch langjährigen Aufenthalt in den englischen Kolonien mit den Verhältnissen sehr vertrauter Mitarbeiter des genannten Blattes, Graf v. Marillac-St. Julien, einen Aufsehen erregenden Artikel, der geeignet ist, auf die Kriegführung der Engländer ein seltsames Licht zu werfen. In jenem Artikel heißt es u. a.:

Im Jahre 1883 machte ich in Kapstadt die Bekanntschaft eines englischen Herrn, der dort Beamter in einem der höchsten Bureaus der Kapkolonie war. Er hatte den Krieg gegen die Galka-, Amakosa- und Tembu-Kaffern mitgemacht, der in der zweiten Hälfte der 70er Jahre stattfand. Wir sprachen über den Krieg. Zufällig sagte ich zu dem Herrn: „Sagen Sie einmal, was haben Sie denn eigentlich mit den gefangenen Kaffern gemacht? Ich habe nie von größeren Gefangenen-Transporten gehört.“ Der Herr war durch die Frage etwas verdutzt und sein Gesicht nahm einen verschmitzten Ausdruck an, als er erwiderte: „Sie brauchen gerade nicht zu sagen, daß ich es Ihnen mitgetheilt habe, aber die Sache ist sehr einfach: wir haben sie todtgeschossen!! Hatten wir Gefangene gemacht, so fragten die Leute: „Oberst . . ., da sind ca. 30 oder 40 gefangene Kaffern, was sollen wir mit ihnen machen?“ Die Antwort lautete regelmäßig: „Take them to the rear!“ (Bringen Sie sie nach hinten.) Und das geschah. Die Kaffern wurden nach hinten, d. h. hinter eine Anhöhe geführt und zusammengeschossen.

Der Verfasser fährt dann fort: Herr Redacteur, ich übernehme die volle Verantwortung für diese Mittheilung. Ich kann Ihnen den Namen und alle näheren Umstände bezeichnen; ich veröffentliche sie nur nicht mit Rücksicht auf die erwähnte Persönlichkeit. Bedenkt man die Wuth, welche die britische Soldateska gegen das siegreiche Hirtenvolk der Buren hat, und wie sie auch bei Elandslaagte in dem famosen Feldgeschrei: „Majuba!“ ihren Ausdruck fand, dann wird man ermessen können, wie manchem verwundeten, wehrlosen Buren-Familienvater da bereits von den britischen Horden ein Ende gemacht wurde! Wahrlich, was ganze Gefühl eines ehrlichen Menschen bäumt sich auf bei dem Gedanken an solche Rohheit und an das Unglück und Elend, welches nach Beendigung dieses ruchlosen Krieges in jene dünn bevölkerten Länder einziehen wird! Ihre Bewohner waren ein glückliches, zufriedenes, wohlhabendes Volk, bis ihm Rhodes, Chamberlain und Genossen die Kriegs- und Brandfackel in die Gefilde warfen. Und Priester, ein Kardinal und einige Bischöfe, welche noch zur Weihnachtszeit den Menschen den Frieden des Himmels verkündeten, sie entblöden sich nicht, heute Bettage für den Sieg der britischen Waffen, für die Fortsetzung der Menschenschlächterei zu veranstalten! O Friedenskonferenz, o Menschennatur! Das ist dasselbe Volk, welches noch vor wenigen Monaten so entrüstet über den Ausgang des Dreyfus-Prozesses schien. Das sind dieselben Menschen, die vor nicht so vielen Jahren die Türkei ob der armenischen Greuel in Stücke reißen wollten. Bei dem Urtheilsspruch in Rennes konnte man ein gewisses Prinzip bemerken, nämlich, die Armee und verdiente Generale vor Schmach zu schützen. Bei dem Morden von Armeniern schäumte der religiöse Wahnsinn eines halbwilden Volkes über —, welche Veranlassung aber lag dem Vorgehen der britischen Regierung gegen Transvaal zu Grunde? Einen ungerechtfertigten nationalen Haß zu kühlen und nebenher noch ein Geschäftchen zu machen! O, du psalmensingendes, frömmelndes England.

Oesterreich-Ungarn.

Im Karwiner Kohlenrevier nimmt der Streik der Grubenarbeiter größere Ausdehnung an. Von 39 Schächten sind 21 mit 13,000 Arbeitern im Ausstande. Heute sollte ein Bataillon Infanterie in Karwin und Dombrau eintreffen. Die Kohlennoth steigert sich infolge des Ausstandes immer mehr. Die Heizer in den Kohlenwerksbetrieben der Staatsbahn-Gesellschaft Kladno wollen trotz aller Versprechungen sich dem Streik anschließen, was ein Eindringen des Wassers in die Schächte zur Folge hätte. Die Staatsbahn, die Südbahn und viele große Firmen unterhandeln mit den ungarischen Gewerkschaften um Kohlenlieferungen. Die internationalen Schnellzüge müssen mit ungarischer Kohle heizen. Der Kohlenvorrath in Wien wird auf siebzigtausend Tonnen, der tägliche Verbrauch auf sechstausend Tonnen geschätzt.

Frankreich.

In der Deputirtenkammer interpellirt gestern der Sozialist Dejeante wegen der letzten Ausstände in der Gegend von Belfort, beklagte sich lebhaft darüber, daß die Armee- und Gerichtsbehörden den Unternehmern ihre Hilfe zu theil werden ließen und warf der Regierung vor, sie habe die Ausständigen daran gehindert, nach Paris zu kommen. Gay (Progressist) bespricht den Streik in Saint-Etienne und erklärt, die Regierung trage infolge ihrer Unentschlossenheit und Unthätigkeit die Verantwortung für die Unruhen vom 4. Januar. Ministerpräsident Waldeck-Rousseau verliest die dem Präfekten des Loire-Departements ertheilten Weisungen, in welchen dem Präfekten vorgeschrieben wird, das Ausstandsrecht und die Freiheit der Arbeit zu respektiren. Waldeck-Rousseau fügt hinzu, niemals sei ein so bedeutender Ausstand mit mehr Klugheit und Ruhe geführt worden. Zum Schlusse spricht Waldeck-Rousseau den Arbeiter-Syndikaten seine Anerkennung aus, welche die Ausstände regeln und sie leiten. (Anhaltender Beifall.) — Was würde wohl geschehen, wenn in Deutschland ein Ministerpräsident den Leitern eines Streiks seine Anerkennung ausspräche!

Spanien.

Die spanischen Zustände werden immer unerquicklicher. Der in Valladolid versammelte Ausschuß der spanischen Handelskammern beschloß, alle Steuerzahler zu veranlassen, die Zahlung der Steuern so lange zu verweigern, bis die Forderungen der Handelskammern bewilligt sind. In Jumilla kam es wegen der städtischen Steuern zu Unruhen.

In Katalonien erhebt die separatistische Bewegung immer kühner ihr Haupt. Gestern befahl der Bischof von Barcelona

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-1900011903/fragment/page=0002
DFG

dem Klerus seiner Diöcese, sich beim Religionsunterricht und bei den Predigten der katalonischen Sprache zu bedienen.

Ausland.

Der regelmäßige Verkehr auf der 21 Werst langen Strecke der chinesischen Ostbahn von Nicholsk bis zur mandschurischen Grenze ist am 13. d. eröffnet worden.

Nordamerika.

Es wird vom Staats-Departement in Washington ohne Vorbehalt mitgetheilt, daß es von keiner europäischen Großmacht eine Note erhalten habe, in der wegen der Politik der offenen Thür in China und auf den Philippinen Forderungen gestellt werden. So weit in Erfahrung gebracht werden kann, sind die von den kontinentalen Mächten herrührenden Mittheilungen dem Vorschlage der Vereinigten Staaten bezüglich Chinas günstig und alles, was zu thun übrig bleibt, um den Unterhandlungen über die Politik der offenen Thür einen vollständigen Erfolg zu sichern, beschränkt sich auf den Austausch von zwei oder drei bestimmt gefaßten Noten, welche dem Abkommen eine absolut endgiltige Form verleihen.

Gerichtsverhandlungen.

Halle, 18. Jan. [Strafkammer.] Der Gondelbesitzer K. D. in Giebichenstein war vom hiesigen Schöffengericht zu 25 M. verurtheilt, weil er im vorigen Sommer an 5 Tagen beim Vermiethen seiner Gondeln und Kähne zu deren Führung Personen verwendet hatte, die nicht mit polizeilicher Legitimation versehen waren. Der Angeklagte behauptete in seiner Berufung, der hies. Wasserbau-Inspektor, der die betreffenden polizeilichen Bestimmungen erlassen hat, sei dazu nicht befugt. Es konnte jedoch nachgewiesen werden, daß der hies. Wasserbau-Inspektion am 26. April 1888 von der kgl. Regierung zu Merseburg die Strompolizei für einen bestimmten Bezirk übertragen worden ist. Der Vertheidiger des Angeklagten berief sich auf § 41 der Gewerbeordnung, wonach die Befugniß zum selbständigen Betriebe eines stehenden Gewerbes das Recht verleiht, in beliebiger Zahl Gesellen, Gehilfen, Arbeiter jeder Art anzunehmen. Da hiernach alle anderen die Gewerbebefugnisse betreffenden Bestimmungen aufgehoben seien, so widerstreite jene Polizeiverordnung der Gewerbeordnung. Der Staatsanwalt beantragte Verwerfung der Berufung. Der Angeklagte erkärte noch, er habe allerdings in den 5 Fällen die betr. Kahnführer nicht angemeldet, so daß sie keine Legitimation gehabt hätten, aber das liege an der Art seines Geschäfts. Er habe stets mit polizeilichen Legitimationen versehene Kahnführer angenommen; wenn jedoch an manchen Tagen viel Nachfrage nach Gondeln und Kähnen eintrete und seine Leute durch irgend etwas am Kommen verhindert seien, er dann, wenn er nicht Einbuße erleiden wolle, andere sich anbietende Personen annehmen müsse. Werde ihm dies verwehrt, dann werde sein Geschäft lahm gelegt. Das Urtheil lautete auf 10 Mark Geldstrafe. — Einigen Erfolg mit seiner Berufung erzielte der Arbeiter B. S., der vorigen hiesigen Schöffengericht wegen groben Unfugs zu einer Woche Haft verurtheilt war. Der Angeklagte hatte am 28. Okt. v. J. in der Geiststraße auf dem Trottoir mehrere Passanten angerempelt und vom Trottoir herumgestoßen. Das Schöffengericht hatte des Angeklagten Handlungsweise als flegelhafte Störung der öffentlichen Ordnung angesehen, während er selbst heute meinte, er habe, obgleich er schon 31 Jahre alt sei, noch niemals Strafe bekommen, und absichtliches Anrempeln der Leute sei „nicht sein Fall". Möglich könne es sein, daß er zufällig emand angestoßen habe; aber betrunken sei er nicht gewesen. Das Gericht ermäßigte mit Rücksicht auf seine bisherige Strafloigkeit die Strafe auf 3 Tage Haft. — Wie es zuweilen beim Hundedressiren zugeht, erfuhr man aus der Sache des Artisten J. M., der vom hiesigen Schöffengericht wegen Thierquälerei zu 1 Woche Haft verurtheilt war, wogegen er Berufung eingelegt hatte. Am 31. Okt. hatte der Angeklagte einen kleinen Hund — schwarzen Pudel — in der Rathhausstraße in äußerst roher Weise mißhandelt, indem er ihn am Fell im Genick gepackt, in die Höhe gehoben und ihn mit der geballten Faust auf die Wirbelstelle schlug. Diese Mißhandlung hatte der Angeklagte ziemlich lange und sehr heftig fortgesetzt, so daß ein Zeuge und noch andere Personen Aergerniß daran nahmen. Eine Dame hatte auch bemerkt, wie der Hund, als er auf den Zuruf seines Herrn nicht gleich hörte, von diesem beim Fell gepackt, hochgehoben und dann niedergeworfen wurde, worüber die Dame in hohem Grade empört ihre Wahrnehmung einem Polizeibeamten mittheilte. Der Angeklagte erklärte, er habe seinem Pudel nur das Apportiren beibringen wollen und da er nicht hörte, ihn zwischen die Beine genommen und ihm einige Schläge mit der Hand aufs Hinterteil versetzt. Diese Behauptung wurde widerlegt. Es erfolgte Verwerfung der Berufung mit dem Bemerken, die vom Schöffengericht erkannte Strafe sei mit Rücksicht auf die Erheblichkeit des vorliegenden Falles durchaus angemessen und keineswegs zu hoch befunden.

L. Leipzig, 18. Jan. [Wertrug die Verantwortung?] Das Landgericht Magdeburg hat am 25. September v. J. den Ziegelmeister Gralle in Neuhaldensleben wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt, den Ziegeleibesitzer Naumann von der gleichen Anklage freigesprochen und das Verfahren gegen den Maschinenschmied August Hahn eingestellt. Am 3. Oktober 1898 gerieth der Arbeiter T. mit einem Arme in das Walzwerk der Naumann'schen Ziegelei und wurde derart zugerichtet, daß der Arm abgenommen werden mußte. Die Schutzvorrichtung vor der Walze fehlte seit zwei Monaten. Hahn hatte, so sagt das Urtheil, nicht dafür zu sorgen, daß sie da war, wohl aber Gralle. Die Einstellung des Verfahrens gegen Hahn erfolgte, weil das Gericht annahm, es habe für ihn keine Berufspflicht vorgelegen, das Gitter anzubringen und weil ein Strafantrag seitens des Verletzten gegen ihn nicht gestellt ist. — Gegen die Einstellung des Verfahrens gegen Hahn hatte der Staatsanwalt Revision eingelegt. Er behauptete, Hahn habe doch eine Berufspflicht gehabt, das Gitter wiederzubringen, da er die Verpflichtung übernommen hatte, alle Reparaturen an der Maschine vorzunehmen. — Das Reichsgericht gab der Beschwerde statt und erkannte insoweit auf Aufhebung des Urtheils. Die von dem Angeklagten Gralle eingelegte Revision wurde verworfen.

L. Leipzig, 18. Jan. Wegen gemeinschaftlichen unberechtigten Jagens sind am 11. Oktober v. J. vom Landgerichte Meiningen die Büchsenmacher Weinbrecht und Happe zu 4 bezw. 6 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Außer ihnen ist noch ein gewisser Hartleb zu 8 Monaten Gefängniß verurtheilt worden, während gegen den Hauptthäter Kelber, da er flüchtig ist, noch nicht verhandelt werden konnte. Bei allen Verurtheilten ist Gewerbsmäßigkeit angenommen worden. Nur Weinbrecht und Happe hatten Revision eingelegt. Auf Antrag des Reichsanwalts hob das Reichsgericht das Urtheil nicht nur bezüglich der beiden Beschwerdeführer auf, sondern auch bezüglich des Hartleb, und zwar weil die Gewerbsmäßigkeit in völlig unzureichender Weise festgestellt sei.

L. Leipzig, 18. Jan. Wegen thätlicher Beleidigung ist am 19. Sept. v. J. von der Strafkammer beim Amtsgerichte Sondershausen der Zahnarzt Friedrich Mohnhardt zu 8 Wochen Gefängniß verurtheilt worden. Bei ihm stand die ledige Anna S. in Dienst, an der sich der Angeklagte wiederholt in unsittlicher Weise vergriff, so daß das Mädchen den Dienst verließ. Die Revision des Angeklagten, welche meist prozessuale Rügen enthielt, wurde vom Reichsgerichte als unbegründet verworfen.

L. Leipzig, 18. Jan. Wegen Einkommensteuer-Hinterziehung ist am 21. November v. J. vom Landgerichte Halle ein Hallescher Fleischermeister zu 380 M. Geldstrafe verurtheilt worden. Nach den getroffenen Feststellungen hat er für das Jahr 1898 sein steuerpflichtiges Einkommen zu niedrig angegeben. Bücher führt er nicht, er mußte daher, so sagt das Urtheil, seinen Verdienst nach dem Umsatze abschätzen. Die Annahme eines Brutto-Verdienstes von 10 Proz. war, wie er wissen mußte, viel zu niedrig. Daher hat das Gericht angenommen, daß er die Absicht der Steuerhinterziehung hatte. — In seiner Revision rügte der Angeklagte mangelhafte Feststellungen. Seine thatsächlichen Angaben über seinen Umsatz seien zwar richtig vom Urtheile wiedergegeben, aber die daran geknüpften Berechnungen seien falsch. Seine Absicht, die Steuer zu hinterziehen, sei ebenfalls nicht annähernd festgestellt. Das Reichsgericht verwarf jedoch die Revision als unbegründet. — Gleichfalls verworfen wurde die Revision des Former's August Hagelganz, der am 20. Oktober v. J. vom Landgerichte Halle wegen gefährlicher Körperverletzung zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt worden ist.

S. Leipzig, 18. Jan. Vor dem kgl. Landgericht standen heute 15 Angeklagte, von denen 12 in schamlosester Weise auf dem Schlachthofe Fleisch gestohlen hatten, um dasselbe billig an den Hehler, einen früheren Fleischergesellen Namens Schmidt, zu verkaufen. Dieser „Jule", so heißen in der „Fleischersprache" die Hehler, wurde zu 2 Jahren 7 Monaten Zuchthaus, die übrigen Angeklagten zu Gefängnißstrafen in der Dauer zwischen 2 und 6 Monaten verurtheilt. Zwei wurden freigesprochen. — Der Former Köhler zerschlug während des letzten Streiks seinem Arbeitgeber eine Form im Werthe von 10 Mark und das Schöffengericht verurtheilte ihn deshalb zu einer Woche Gefängniß.

Blankenburg, 18. Jan. Der Besitzer der Villa Emma in Altenbrak hatte einen Strafbefehl von 30 M. erhalten, da von seinem Hause, das zu einer Anstalt eingerichtet sei, Badewasser Lungenkranker in die Bode gelassen sei und den Fluß verunreinigt habe. Der leitende Arzt Dr. Billig gab an, daß die Kranken nur Bäder zur Kräftigung, aber nicht zur Reinigung erhielten, daß das Wasser in eine Grube geleitet würde und daß bei diesem ersten Krankheitsstadium eine Ansteckungsgefahr durch den Speichel überhaupt nicht vorliege; übrigens sei die Badeanlage mit Genehmigung der Kreisdirektion und des Obersanitätskollegiums erfolgt. Der Amtsanwalt betont, daß es ein sehr gefährliches Beginnen sei, die Abwässer Lungenkranker in die Bode zu leiten, da Menschen und Vieh davon Schaden erleiden können. Er beantragte die Bestätigung des Strafbefehls unter Auferlegung der Kosten. Das Gericht schloß sich dem Antrage an.

Provinzialnachrichten.

Der Verkehr auf der Elbe, Saale und Unstrut.

Aus der Denkschrift über die vom 1. April 1897 bis 31. März 1899 erfolgten Bauausführungen an regulirten Wasserstraßen entnehmen wir noch die folgenden Angaben für die Gebiete der Elbe, Saale und Unstrut. Während auf der Elbe und der unteren Saale der Schiffahrtsverkehr zugenommen hat, ist er auf der oberen Saale und Unstrut zurückgegangen und wird noch weiter zurückgehen, da die obere Saale und die Unstrut, für welche eine Wassertiefe von 0.70 und 0.80 m bei den bekanntesten niedrigsten Wasserständen durch die Regulirungsarbeiten erzielt worden ist, nur mit kleinen, 100 bis 125 Tonnen tragenden Schiffen befahren werden kann, und die Betriebskosten für diese kleinen Fahrzeuge im Verhältniß zu den geförderten Lasten zu hoch sind; unter solchen Umständen wird es den Schiffern schwer, den Wettbewerb mit der am Fluß entlang führenden Eisenbahn, die niedrige Frachtsätze hat, aufrecht zu erhalten, und die Fracht der Schiffe beschränkt sich immer mehr auf Steine und Steinwaaren aus den Brüchen an der Unstrut, auf Zuckerrüben und Stückenholz, wozu dann noch die Rundholzflößerei kommt. Auf der unteren Saale ist eine erfreuliche Steigerung des Verkehrs zu verzeichnen. Die Schleuse in Calbe durchfuhren 1898 im ganzen 2661 Schiffe mit 365,220 Tonnen Ladung (gegen 2485 mit 336,266 im Jahre 1897, 2195 mit 301,511 im Jahre 1896, 2033 mit 236,662 im Jahre 1895 und 2494 mit 274,225 im Jahre 1894).

Der Elbe wurden im Jahre 1898 zugeführt 1. über Schandau 11,470 Fahrzeuge mit 2,491,748 Tonnen Ladung und ferner 347,298 Tonnen Flößholz, 2. über die Zollgrenze bei Hamburg 38,618 Fahrzeuge mit 3,056,118 Tonnen Ladung, wovon 3247 Fahrzeuge mit 646,918 Tonnen auf die Havel übergingen, während 35,371 mit 2,409,200 Tonnen die Elbe aufwärts fuhren, 3. auf der Saale 1309 Fahrzeuge mit 235,279 Tonnen Ladung, 4. auf dem Plauer Kanal und dem Ihle-Kanal 6259 Fahrzeuge mit 466,355 Tonnen Ladung und 15,370 Quadratmetern Flößholz. Ausgeführt wurden von der Elbe über 1. Schandau 10,954 Fahrzeuge mit 476,475 Tonnen Ladung, 2. Hamburg 41,853 Fahrzeuge mit 2,434,292 Tonnen Ladung, wovon 2459 mit 303,392 Tonnen Ladung aus der Havel kamen, 3. auf der Saale 1352 Fahrzeuge mit 129,941 Tonnen Ladung, 4. auf dem Plauer Kanal und Ihle-Kanal 5922 Fahrzeuge mit 880,180 Tonnen Ladung. Insgesammt ergiebt sich also ein Verkehr von 55,656 Fahrzeugen mit 6,349,500 Tonnen Ladung und 347,298 Tonnen Flößholz, die der Elbe zugeführt wurden, und von 60,081 Fahrzeugen mit 3,920,888 Tonnen Ladung, die von der Elbe fortgeführt wurden. Gegen 1897 hat sich, wie schon im Morgenblatt berichtet, der Verkehr um 20 Proz. gesteigert.

Um einen Vergleich anstellen zu können, seien noch folgende Zahlen für den Rhein aus der Denkschrift angegeben: Der Güterverkehr auf dem preußischen Theile des Rheins (von Bingen bis zur holländischen Grenze) stieg von 12,858,426 Tonnen im Jahre 1896 auf 13,241,285 Tonnen im Jahre 1897 und auf 14,578,031 Tonnen im Jahre 1898. Ueber die holländische Grenze fuhren im Jahre 1898 zu Berg und zu Thal 58,361 Fahrzeuge mit 11,997,006 Tonnen Güter, davon ins Ausland 29,283 mit 4,090,428 Tonnen und ins Inland 29,078 mit 7,877,022 Tonnen. Nach dem Rheinschiffsregister gab es 1898 auf dem Rhein 984 Dampfer und 7406 Segelschiffe (gegen 844 und 7645 im Jahre 1896, 754 und 7091 im Jahre 1894). Der größte Schleppkahn auf dem Rhein konnte 1898 rund 2340 Tonnen laden; er war 100 m lang, 12 m breit und tauchte vollgeladen 2,75 m tief. Der größte Güterdampfer auf dem Rhein trägt 975 Tonnen bei 2,4 m Tauchtiefe.

* Magdeburg, 18. Jan. [Das Mädchen im Reisekoffer.] Eine mysteriöse Angelegenheit beschäftigt gegenwärtig die Gemüther im Vorort Sudenburg. Hier war das Dienstmädchen einer Herrschaft plötzlich verschwunden, ohne daß man auch nur eine Spur von ihm hätte auffinden können. Die Kammer des Mädchens war, wie sonst während des Tages, verschlossen. Als das Mädchen nach 24 Stunden noch nicht wieder zum Vorschein gekommen war, schritt die Herrschaft dazu, die Kammer öffnen zu lassen. Vergebens durchsuchte man das Bett und jeden Winkel. Mehr neugierig wandte sich der Schlossermeister, welcher die Thür geöffnet hatte, zu einem Reisekoffer, der in der Ecke stand. Er hob den Deckel deß verhältnißmäßig kleinen Koffers auf, da blickte ihm das Mädchen mit starrem Auge entgegen. Nur mit Mühe gelang es, die freiwillige Gefangene, welche ganz erstarrt war, aus dem engen Behältniß herauszubekommen. Als sie sich einigermaßen erholt hatte, gab sie auf Befragen an, sie sei in den Koffer hineingefallen, was aber durchaus unwahrscheinlich ist. Niemand ahnt, was das Mädchen veranlaßt hat, in das eigenartige Versteck zu kriechen, zumal es von der Herrschaft sehr gut behandelt wurde.

* Magdeburg, 18. Jan. [Städtisches Orchester.] Das Hauptinteresse in der heutigen Stadtverordnetensitzung nahm die Berathung der Vorlage betr. das städtische Orchester in Anspruch. Das Ergebniß war die mit großer Mehrheit erfolgte Annahme der Magistratsvorlage und der vom Ausschuß vorgeschlagenen Resolutionen.

* Magdeburg, 19. Jan. [Der Verein zur Erhaltung der Denkmäler] in der Provinz Sachsen wird auf Einladung des Vorsitzenden, des Fürsten von Stolberg-Wernigerode, am 25. Jan. im hiesigen Stadtverordnetensitzungssaale seine siebente Vereinsversammlung abhalten.

*** Weißenfels, 18. Jan. [Zu der Aufnahmeprüfung] in die hiesige Präparanden-Anstalt liegen ca. 73 Anmeldungen vor, von denen nur ca. 50 Prozent Berücksichtigung finden können.

* Bösenrode, 18. Jan. [Die goldene Hochzeit] feierten die Heinrich Müller'schen Eheleute in voller Rüstigkeit. Es wurde dem Paare ein Geschenk des Kaisers von 30 M. und als Ehrengeschenk des Herzogs von Cumberland eine Prachtbibel nebst 30 M. in baar übergeben.

Heiligenstadt, 18. Jan. [Kommunales.] Die Stadtverordneten beschlossen heute, dem verstorbenen Bürgermeister Petri auf Kosten der Stadt eine Ehren-Begräbnißstätte zu bewilligen. Für die erledigte Bürgermeisterstelle ist ein Anfangsgehalt von 3600 M., steigend von 3 zu 3 Jahren bis auf 5400 M. (einschl. 300 M. für das Amt eines Standesbeamten) und 480 M. Wohnungsgeld sowie ein Holzdeputat im Werthe von 96 M. bewilligt. Durch mehrere Nebenämter erhöhen sich die Einkünfte des Bürgermeisters noch um mehr als 1000 M. — Zur Beigeordnetenfrage ist zu melden, daß der Bezirksausschuß zu Erfurt in seiner Sitzung am 31. Dez. v. J. die Abänderung unseres Ortsstatuts, dahingehend, daß der städtische Beigeordnete (Stellvertreter des Bürgermeisters) nicht ein besoldeter sein muß, genehmigte. Die Bestätigung des vor 1½ Jahr zum unbesoldeten Beigeordneten gewählten Rathmannes Mühenländer dürfte daher in Kürze erfolgen.

— [Ordensverleihungen.] Den Eisenbahn-Lokomotivführern a. D. Ferdinand Muchow und Wilhelm Vogel zu Leipzig wurde das Allgemeine Ehrenzeichen in Gold, dem Holzhauermeister Ferd. Baade zu Rieben im Kreise Zauch-Belzig und dem Eisenbahn-Nachtwächter a. D. Gottlieb Sämisch zu Finsterwalde im Kreise Luckau das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

* Braunlage, 18. Jan. [Kaum glaubhaft] ist es — so schreibt die „Ztg. f. d. Harzgebirge" —, daß die Südharzbahnstrecke Braunlage-Tanne, welche in Tanne den Anschluß an die Zahnradbahn und in Sorge an die Harzquerbahn vermitteln soll, in letzterem Orte ihren Zweck auf geradezu lächerliche Weise unerfüllt läßt. Vormittags kurz vor 10 Uhr läuft, von Tanne kommend, ein Zug der Südharzbahn auf der Uebergangsstation Sorge ein, wartet, bis der von Benneckenstein kommende Zug der Harzquerbahn — sichtbar wird, und dampft dann gemüthlich weiter, die Passagiere der Harzquerbahn, welche mit nach Braunlage wollten, mit langen Gesichtern und gemischten Gefühlen zurücklassend. Kurz nach 1 Uhr kommt dann wieder ein Zug, der nach Braunlage fährt; dieser gönnt dem Reisenden, der mit dem 10 Uhr-Zuge der Harzquerbahn nach Sorge kam, seine kostbare Zeit vielleicht dort mit Warten zubrachte, genau 35 Minuten Aufenthalt in Braunlage und geht dann wieder zurück.

Verantwortlich: Für Politik und Vermischtes: Albert Herling; für das Feuilleton: Dr. Franz Kwest; für Provinzialnachrichten und Lokales: Wilhelm Meyer; für Handel und Verkehr: Hermann Bach; für den Anzeigentheil: Walther König; sämmtlich in Halle S. — Druck und Verlag von Otto Hendel in Halle S.

Schmidt & Brösel, Gummiwaaren,
Halle a. S., Königstr. 70. — Fernspr. 223.
Schläuche, Packungen, Asbest-Fabrikate. General-Vertretung der weltberühmten „Original Heim"-Riemen und Rohhaut-Riemen.

Otto Kummer, Spezial-Geschäft feiner Geuier und Glasbläser Taschenuhren.
Poststraße 10. Moderne Zimmeruhren.

Bester franz. Champagner FANTER GOLDLACK von Fanter & Co., HOCHHEIM a. M.

Grosse Posten **Reste** von Kleiderstoffen, Leinen- u. Baumwollenwaaren, Gardinen, Stickereien, Spitzen, Seidenband etc. etc. sind mit den *allerbilligsten Restpreisen* deutlich versehen zum Verkauf ausgelegt.

Geschäftshaus **J. Lewin** Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000119033/fragment/page=0003

Masken-Strümpfe Tricots

in allen Farben für jede Figur passend am Lager.

Julius Bacher,
Halle a. S., Leipziger Straße 12.

Bestens besorgt und verwerthet

Patente

W. Folkmar, Patentanwalt, **Berlin, C.,** Molkenmarkt. **Hamburg, Köln.** Günst. Beding. **14 Jahr.** Erfahrung. Jede Auskunft **kostenfrei.** Filiale Halle: Ankerstrasse 14.

Zähne, naturgetreu, vollständig brauchbar, schmerzlos. **Reparaturen** und **Umarbeitungen sofort. Billig.**

Zahnziehen schmerzlos ohne allgem. Betäubung. **Plomben,** Gold, Silber, Emaille. Dr. chir. dent. **Neiz,** prom. Amerika, Geiststr. 21. Auf Namen u. 21 achten.

Zur Transvaalfeier

Burenhüte

à Stück **25 Pfg.**

Albin Hentze
Schmeerstraße 24.

Weiße Schmierseife,
mit Salmiak und Terpentin, vorzüglich zum Einweichen der Wäsche, Pfd. 25 Pf., bei 10 Pfd. 20 Pfg.

Schabeseife, Pfund 30 Pfg.
Crême-Farbe,
Crême-Stärke
empfiehlt
Ernst Jentzsch, Leipziger Str. 31.

Mark 12,000,000 4% unverloosbare Preussische Central-Bodencredit-Actiengesellschaft Pfandbriefe

— bis 1909 unkündbar. —

Zeichnungen zu der am **Montag den 22. Januar 1900** zum Course von 100% stattfindenden Subscription auf obige Anleihe nehmen kostenfrei entgegen

D. H. Apelt & Sohn,
Bankgeschäft.

Zu

ganz bedeutend herabgesetzten Preisen.

Theilweise zur Hälfte des Selbstkostenpreises und darunter.

Vornehmlich bessere und beste Qualitäten.

Die in der Inventur **zurückgesetzten** Waaren:

Knaben-Anzüge für jedes Alter,
Paletots, Mäntel, Pyjacks,
Herren-Confection und Stoff-Reste

werden von heute ab **ausverkauft.**

Herm. Bauchwitz
Markt 4.
Gegründet 1859. — Telefon 907.

Plan der Stadt Halle S.
mit **Giebichenstein** etc.
Ergänzt bis Ende 1899.
In Farbendruck, in Umschlag 50 ₰, nach auswärts 10 ₰ Porto.
Durch alle Buchhandlungen u. von **Otto Hendel Verlag,** Halle S.

Frischer Ofen,
so gut wie neu, billig zu verkaufen **Armaturenfabrik Lindenstraße 58,** Hof parterre.

Vollst. neue Nußbaum-Einrichtung
wegen zurückgegangener Heirath sofort mit 80 Mk. Verlust zu verkaufen.
Harmann, Möbelmagazin, Geiststraße 64.

Sansibar,
hervorragende Qualitätscigarre.
10 Stück **50** ₰. 100 St. **4,50** ℳ.
1 Bund = 25 Stück **1,15** ℳ.
Fritz Müller,
Leipziger Straße 42.

Frisch angekommen:
grüne Heringe,
Fischcarbonade, Schollen, Barsche, Angel-Schellfisch, Bratfische,
echte Kieler u. Englische **Bücklinge,**
Elbsprotten.
Adolf Schmieder,
Grünstraße 28.
Jeden Markttag Eckstand Heringsreihe.

Sehr billig. **Feinste beste Molk.-Butter** Sehr billig.
pa. süßes Pflaumenmus
diverse Marmeladen
extra feines Schmalz.
Nicolaistr. 1. Geiststr. 36.

Gegen Husten und Heiserkeit
halte empfohlen:
Fichtennadelbonbons,
Bayrisch Malz,
Fenchelhonig,
Johannisbeersaft,
Brustcaramellen,
Emser u. Sodener Pastillen
Ernst Jentzsch,
Leipziger Straße 31.
Drogerie „zum rothen Kreuz."

Knorr's
Hafergrütze, Hafer-, Grünkern-, Erbsen-, Panier-, Reis- und Sagomehl, Grünkorn offerirt
A. Trautwein, Gr. Ulrichstr. 31.

---

40 Centner
gut eingesäuerte Rübenschnitzel,
sowie gesundes Winter- u. Sommerstroh, ebenso Weizen- u. Haferspreu zu verkaufen. **Rudolph, Diemitz** bei Halle a/S., Wilhelmstraße 10.

Habe täglich 200 Liter Frühmilch
abzugeben. Angebote über Preis sind postlagernd **Landsberg** (Bez. Halle S.) zu senden.

Von heute ab stehen fortwährend jüngere und ältere **Arbeitspferde** leichten u. schweren Schlages im Gasthof „Berliner Hof," Berliner Straße 33, zum Verkauf.
H. Herrmann.

Reitpferd,
br. Wall., edl. Abst., 4 J. alt, 170 cm, mit schön. freien Gäng., s. 4 Monat. 5. jung. Remont. in Rheinl. geritt., für leicht. Gew. pass., sofort billig zu verk.
Graf, Oberroßarzt, Hus.-Rgt. 12, Merseburg.

Auctionen.

Sonnabend den 20. d. Vorm. 11 Uhr versteigere ich Geiststr. 39 hier zwangsweise: 4 Hobelbänke mit Zubehör, 1 Ladentisch, 1 Plüschgarnitur, 2 Schreibtische, 1 Trümeau, Vertico, 3 Kleiderserretaire, 1 Weißzeugschränkchen, Kommoden, Sophas, Tische, Stühle, Spiegel, Bilder, 2 Stück Damast, 2 Gewehre, 2 Pistolen, 14 Bde. Meyer's Lexikon rc.
Hirsch, Gerichtsvollzieher.

Sonnabend den 20. d. M. Vorm. 9½ 10 Uhr versteigere ich Geiststr. 39 zwangsweise:
1 Partie Möbel,
ferner freiwillig:
4 Mille Cigarren, 1 Spiegel mit Schränkchen, 1 Sophatisch u. v. a. S.
Friedrich, Gerichtsvollzieher.

Zeichnungen auf die **am 22. Januar a. c.** zum Course von **100** % zur Subscription gelangenden

Mk. 12,000,000 4% Preuss. Central-Bodencredit-Pfandbriefe vom Jahre 1899
(bis 1909 unkündbar)

nehmen wir entgegen und vermitteln dieselben kostenfrei.

Hermann Arnhold & Co., Bank-Commandit-Gesellschaft.
H. F. Lehmann. Reinhold Steckner.

Zur kostenfreien Capitals-Anlage
empfehlen wir
gute Hypotheken in jeder Höhe und sichere bis **1909** unkündbare
4% Hypotheken-Pfandbriefe.
Ernst Haussengier & Co., Halle a/S.

Breitestraße 16–17. **Adolf Brauer** Breitestraße 16–17.
Möbel- und Polsterwaaren-Fabrik.
Empfehle mein bedeutendes Lager einzelner Möbel sowie ganzer Wohnungs-Einrichtungen.
Mehrjährige Garantie. Coulante Bedingungen.
Bei Baar-Einkäufen trotz der billigen Preise 8% Rabatt.

Die Generalagentur
oder
selbständige Vertretung
einer gutfundirten Gesellschaft, Bankinstitut oder dergl. wird von einem tüchtigen, repräsentablen und routinirten Kaufmann zu übernehmen gesucht. Suchender ist cautionsfähig und dürfte Garantie für gute Erfolge in seinem Wirkungskreise bieten können.
Gefl. Offerten erbeten unter **F. 30** an die Exped. d. Ztg.

Von Sonnabend, den 20. Januar, halte wieder mit einem frischen Transport der besten
belgischen u. dänischen Arbeitspferde
leichten und schweren Schlages unter bekannter Reellität zu sehr soliden Preisen im Gasthof „zum weißen Roß" in Delitzsch zum Verkauf.
A. Albrecht, Pferdehändler, Creuma.

Prima Englische Austern à Dtzd. 2 Mk. 75 Pf.
Hamb. Gänse, Enten, Brüssler Poularden, Puten, Capaunen, Poulets, Birk-, Schnee- und Haselhühner, Fasanen.
Zarte kleine Rennthierrücken und Keulen,
Frische franz. Trüffeln, Artischocken, Kopf-, Endivien- und Eskarol-Salat, Radiese, engl. Salatgurken, Telt. Rübchen, Maronen, Magdeb. Sauerkohl.
Süsse Messina-Apfelsinen à Dtzd. 70 Pfg.
Getrockn. Aprikosen, Birnen, Apfelschnitte, Prünellen, Pflaumen, Kirschen, Hagebutten,
Gemüse- und Fruchtconserven.
Sprengel & Rink
Telephon 414. Leipziger Strasse 2.

Soeben wieder eingetroffen:
Gemüse- u. Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Würze
MAGGI
bei **P. Gaede,** Wuchererstr. 48.

Frischgeschossenes Hirsch- und Rehwild, prachtvolle Hasen
schon von 2 Mk., Keulen 1 Mk. an, empfiehlt **C. Keller's Wild- und Geflügel-Geschäft,** Auf'ster Straße 14 und Wochenmarkt.

Vom nächsten Sonntag ab steht wieder ein frischer Transport
Belgischer und Dänischer Pferde
bei mir zum Verkauf.
Halle a/S., Leipz. Str. 54, am Riebeckplatz. **Theodor Weinstein.**

Heute trifft wieder ein frischer Transport der besten
Dänischen und Holsteiner Pferde
ein und stelle dieselben unter den coulantesten Bedingungen preiswerth zum Verkauf.
Halle a. S., Delitzscher Str. 8. **Fr. Zwickert.**

Mit 2 Beiblättern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000119033/fragment/page=0004